



Biwöchlicher Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr. außerhalb incl.
Postz. 2 Thlr. 15 Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer
fünfseitigen Seite in Zeitung 1½ Sgr.

Nr. 478. Mittag-Ausgabe.

Achtundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Lewendt.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem vernehmen alle Post-
amtlichen Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag
einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Sonnabend, den 12 October 1867.

Deutschland.

Berlin, 11. Oct. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Berg-
hauptmann v. Linsingen zu Clausthal den rothen Adlerorden zweiter Klasse
verliehen; und den Staatsanwalts-Gehilfen Mertens aus Königsberg in
Preußen zum Staatsanwalt in Stargard in Pommern ernannt.

Dem Präsidenten des Bundes-Kanzler-Amtes, Wirthlichen Geheimen Rath
Delbrück ist die Medaille für Verdienst um die Gewerbe in Gold verliehen
worden. — Der Kreisrichter Wulff in Schwelm ist zum Rechtsanwalt bei
dem Kreisgericht in Iserlohn und zugleich zum Notar im Departement des
Appellationsgerichts zu Hamm, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Iserlohn,
ernannt worden. — Der Privat-Docent bei der philosophischen Facultät der
königlichen Universität in Bonn, Medicinal-Rath Dr. Friedrich Mohr, ist
ernannt worden.

Das dem Kaufmann J. H. F. Brillwitz in Berlin unter dem 30. Mai
1866 ertheilte Patent auf einen Fortbewegungs-Mechanismus für Kraftspülge
ist aufgehoben.

[Darlehnsklassenscheine.] Unter Bezugnahme auf den § 9 des Ges-
etzes vom 27. September v. J. (Ges.-S. S. 586) wird hierdurch bekannt ge-
macht, daß am 30. September v. J. 1,128,660 Thlr. in Darlehnsklassenscheinen
(St. A.)

* * Berlin, 10. Oct. [Eine geschichtliche Erinnerung. —
Vermischtes.] Der 1. October d. J. darf unbedingt als einer der
bedeutungsvollsten Tage in der Geschichte der preußischen Armee betrachtet
werden, denn mit demselben ist dieselbe tatsächlich zur norddeutschen
Armee herangewachsen. Innerhalb der Letzteren werden fortan neben
ihr an selbständigen Truppenkörpern nur noch die sächsischen Regi-
menter und das mecklenburgische und braunschweigische Contingent be-
stehen, auch diese aber doch in einer Abhängigkeit, um an eine wirk-
liche Selbstständigkeit kaum noch denken zu können. Alle die anderen
bisher fremdherrlichen Contingente sind dagegen von dem gedachten Tage
ab faktisch der preußischen Armee einverlebt worden. Es ist ein weiter
Weg von den ersten brandenburgischen Siegestagen bei Warschau und
Fehrbellin bis hierher, und wenige von den Nahmeszeugen jener beiden
Schlachten, durch welche die Grundlage der späteren brandenburgisch-
preußischen Macht gelegt wurde, befinden sich in der preußischen Armee
noch erhalten. Indes es gibt unter den preußischen Regimentern doch
noch einige, welche diesen ganzen wechselvollen Zeitraum von 211, resp.
193 Jahren und alle die furchtbaren Stürme innerhalb desselben über-
dauert haben. Für den Tag von Warschau ist es allein das heutige
3. Infanterie-Regiment, von welchem die Theilnahme an dieser Schlacht

nach den neuesten geschichtlichen Forschungen unzweifelhaft feststeht. Für
den Tag von Fehrbellin dagegen sind dies das 1. Kürassier- und das
33. Infanterie-Regiment, welche tatsächlich und zwar auf brandenburgi-
scher und schwedischer Seite dort gekämpft haben; denn dies letzte schon
1609 errichtete Regiment war ursprünglich das schwedisch-pommerische
Leib-Regiment und ist erst 1814 mit der Einverleibung von Schwedisch-
Pommern in die preußische Armee übergetreten. Sonst aber parti-
cipiren an dem Zuge vom Rhein zum Rhin zu dieser Schlacht noch das
heutige 1., 3., 4. und 5. Infanterie-Regiment. — Genau mit dem vor-
geschriebenen Termine an diesem 1. October ist hier von den beiden
Mecklenburg die Aufstellung ihres Contingents nach der neuen Organisa-
tion und der Abschluss dieser letzten gemeldet worden. Es sind diese
beiden Länder nämlich Sachsen und Braunschweig die einzigen norddeut-
schen Staaten, welche auf den Abschluß einer Convention mit Preußen
verzichtet haben. Die Steigerung des Militäranspruchs an dieselben er-
scheint vielleicht in Folge des Verzichts auf die Vorherrschaft, welche sich
alle anderen norddeutschen Staaten zu sichern gewußt haben, ganz be-
sonders bedeutend und beläuft sich das Mehr an Truppen, welches sie
gegenwärtig über den früheren Truppenstand zu stellen haben, auf
1 Bataillon, 6 Escadrons und 2 Batterien, was bei zusammen nur
7 Bataillonen, 10 Escadrons und 4 Batterien gewiß als eine wahrhaft
außerordentliche Leistung betrachtet werden muß. Von allen Con-
tingentstruppen stehen in Ermittlung ihrer neuen Formation zur Zeit
nur noch das oldenburgische Dragoner-Regiment und das braunschwei-
gische Contingent aus, doch befindet sich das erstgenannte Regiment
ebenfalls schon in der Uniformirung begriffen. Auch die Reihenfolge
der Regimentsnummern ist nunmehr für die Contingentstruppen be-
stimmt worden, und zwar schließen sich die mecklenburgischen Truppen
darin mit Infanterie-Regiment Nr. 89 und 90 und Dragoner-Regiment
Nr. 17 und 18 zunächst an die preußischen Truppen an, wonach die
Regimente Oldenburg, Braunschweig, Anhalt und das 5te, 6te und
7te thüringische Infanterie-Regiment mit Nr. 91 bis 96 folgen. Die
Nummern 97, 98 und 99 bleiben für die drei je nach dem Ausfall
der für diesen Herbst ausstehenden Volkszählung später zu errichtenden
preußischen Infanterie- resp. Fußartillerie-Regimenten noch offen, und ebenso
werden später, doch jedenfalls erst nach Jahren noch drei neue Cavallerie-
Regimente errichtet werden.

[Die Luxemburger Festungswerke.] Reisende, die in den
letzten Tagen Luxemburg besucht haben, erzählen, daß mit Abtragung
der Festungswerke vier, sage vier Arbeiter beschäftigt sind.

[Der Frankfurter Senat und der Polizei-Präsident.] Die „Frank.“ schreibt: Der königl. Polizei-Präsident, Herr von
Madau, hat die Auslieferung von sieben der früheren Frankfurter Gen-
darmerei gehörigen Pferden verlangt, der Senat dieselbe verweigert.
Als nun der Herr Polizei-Präsident vor einigen Tagen ungeachtet dieser
Weigerung die Pferde übernehmen lassen wollte, klagte der Senat bei
dem Stadtgerichte wegen Besitzförderung. Das Stadtgericht hat folgendes
Erkenntniß erlassen:

„Da der königl. Polizeipräsident bescheinigt hat, daß der Besitz
der Pferde annehmen wolle, werde ihm hiermit bei einer aus seinem Priva-
tvermögen zu zahlenden Geldstrafe von 100 Thl. jede Besitzförderung in Betreff
der Pferde unteragt.“

(O. C.) [Der Antrag auf Errichtung von Hypothekenbanken.] Die gestrige Erklärung des Grafen Bismarck läßt es zweifelhaft erscheinen,
ob der Antrag des Abg. Grafen Lehndorff auf Errichtung von Hypo-
thekenbanken noch aufrecht erhalten werden wird. In der Gruppe des
Centrums und der freien conservativen Vereinigung, die ihre gemeinsamen
Besprechungen fortsetzt, ist man der Meinung, daß, falls der Antrag nicht
zurücksgezogen werden sollte, eine Resolution mit dem Antrage auf Uebergang
zur Tagesordnung einzubringen sei. Eine solche Resolution würde auch von
den Nationalliberalen unterstützt werden, während die Fortschrittspartei ohne
Rücksicht auf das Schicksal dieser Resolution normative Bedingungen für Hypo-
thekenbanken aufstellen würde, von deren Annahme die Gründung von Hypo-
thekenbanken und Pfandbrief-Instituten abhängig gemacht werden soll. Zu-
gleich hat die vorher erwähnte Gruppe sich für Annahme des v. Blanden-
burg'schen Antrages in seinem zweiten, noch aufrecht erhaltenen Theile (das
Bundespräsidium soll möglichst bald, womöglich noch vor Aufhebung der
Bundesbeschränkungen, eine Vorlage betreffend die Aufhebung der Schuldbaf-
tten, erlässt, über den der Reichstag sich morgen nach der Abstimmung
über den Laster'schen Gesetzentwurf entscheiden soll; und zwar trotz der Ein-
wendung, daß durch den Wegfall der Schuldbaf die Wechselseitigkeit wesentlich
alterirt werde. Die Minorität wird ohne Zweifel im Hause und dem Ver-

nehmen nach auch in einer protobürgerlichen Erklärung constatiren, daß sie
durch Unterstützung des Brandenburg'schen Antrages die Aufhebung der
Schuldbaf für Wechselschulden nicht beabsichtige. Endlich sind das Centrum
und die freie conservative Vereinigung dahin übereingekommen, bei der Schluss-
beratung des Bundesbudgets keine neuen Anträge mehr zu stellen, nur aus
Anlaß des Waldeck'schen Amendements zu dem Etat der Militärverwaltung
Streichung des Wortes „vertragsmäßig“ bei den Nachlässen von 225 Thlr.
pro Mann eine Resolution einzubringen, welche die Vorlegung der Verträge
zur verfassungsmäßigen Genehmigung verlangt.

(O. C.) [Die Commission für das Freizügigkeits-Gesetz] hatte
gestern und heute unter dem Vorsteher des Abg. Grafen Schwerin und in Ge-
genwart des Präsidenten Delbrück Sitzungen, in denen die Generaldebatte bis
zu ihrem Schluß geführt wurde. Es wurden nicht weniger als 15 Amende-
ments eingeführt, die heute erst metallographiert werden sollen. Wir beschrän-
ken uns jedoch auf die beiden wichtigsten Gesichtspunkte, welche die allgemeine
Diskussion beherrscht haben: die Aufnahme der wirtschaftlichen Frei-
zügigkeit und der die Ausweitung betreffenden gesetzlichen Maßregeln in dem
vorliegenden Gesetzentwurf. Der letztere ist im Interesse der persönlichen
Freiheit und zum Schutz gegen eine Willkür, welche den Einzelnen um den
Segen der Freizügigkeit bringen könnte, ein Antrag des Abg. Lasker ge-
widmet, der seinem Inhalte nach dem von Kirchmann-Liebknecht'schen Amende-
ment zum Vorbild verwandt sein muß, für das derselbe Abgeordnete seiner
Zeit im Reichstage eintrat. Abg. Dr. Braun (Wiesbaden) hat, um vor
allen Dingen die Gewerbefreiheit schon aus Anlaß dieser Vorlage zu sichern,
die Einführung eines § 2 beantragt, welcher lautet: „Jeder Bundesangehörige
hat das Recht, an jedem Orte des Bundesgebietes Grundbesitz zu er-
werben. Das den Bürgern oder sonstigen Corporationen zustehende Recht,
Andere vom Betriebe des Gewerbes auszuschließen, wird aufgehoben, desgleichen
der Verbot Gewerbe und Handel in den Dörfern zu betreiben. Jeder
Gewerbetreibende darf Gesellen, Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter jeder Art
und in beliebiger Zahl halten. Gesellen sind in der Wahl ihrer Meister un-
beschränkt. Die Prüfungen bilden nicht mehr ein Erfordernis zur Ausübung
der Handwerke. Das Recht der Niederlassung, des Geschäftsbetriebes und des
Erwerbes von Grundbesitz darf Niemand um seines Glaubensbekennt-
nisses willen oder wegen Mangels der Gemeindeangehörigkeit verweigert wer-
den.“ Und zwar soll der Einführungstermin für diesen § 2 auf den 1. Jan. 1869
verlegt werden, damit die Gesetzgebung der Einzelstaaten ein Jahr Zeit, hat sich
durch Uebergangsbestimmungen auf die volle wirtschaftliche Freizügigkeit ein-
zurichten. In Bezug auf dieses Amendumde erklärte Präsident Delbrück,
daß das Bundespräsidium für die Herstellung der wirtschaftlichen Freizügig-
keit, die er als die nothwendige Consequenz der gegenwärtigen Vorlage an-
erkenne, ein selbständiges Gesetz in der nächsten Session des Reichstages
einzubringen beabsichtige; daß aber die Einführung des zweiten Gesetzes in das
erste für die Legislatur Schwierigkeiten bereiten müsse. Zur Abstimmung kam
es weder über den Antrag Brauns, noch über die zahlreichen Amendenten
ähnlichen Inhalts, noch über den Antrag Lasker's.

[Aus der heutigen Beratung der Petitions-Commission] ist nur zu erwähnen, daß sie die Petition des Consistorialrats Wicker und
Genossen, die Aufhebung der Spielbanken betreffend, dem Bundespräsidium
in dringender Weise zur Berücksichtigung empfahl. Der Commissar des
Assessor Puttkammer, gab die Versicherung, daß die Regierung mit dieser
Angelegenheit im Sinne der Befreiungsführer sich anhaltend beschäftige. Eine
Petition des deutschen Schriftsteller-Vereins in Dresden (Dr. Kühlne),
die eine complete Gesetzgebung für Literatur und Presse verlangt, wird dem
Bundespräsidium als Material für bevorstehende Vorlagen überwiesen. Eine
Petition, das 20. Lebensjahr als Majorenjahr im Bunde festzusetzen,
wurde abgelehnt.

[Das dritte Verzeichniß der beim Reichstage eingegangenen
Petitionen] ist im Druck erschienen. Von den 20 Petitionen, welche das-
selbe enthält, sind nur folgende 6 bemerkenswert: Rechte in Schwann bitten
um Zulassung von 12 Nicht-Nationalen (also Nicht-Bewohner von Bundes-
ländern) in den Reichstag. Ib. Rechte zu Duatenbrück u. Gen. bitten, ver-
chiedene von ihnen gemachte Vorschläge, betreffend die Förderung guter
nährhafter Volksgetränke zur Verminderung des Branntweingebruches, in
Erwägung zu ziehen. Rohrbek und Genossen zu Woldekt bitten, die befüßigen
Schritte zu thun, daß Mecklenburg unverzüglich in die Reihe der constituti-
onellen Staaten eentrete. — Ib. Göck und Gen. in Berent, Reg.-Bezirk Danzig,
biten, ihnen zur Ausübung ihres Wahlrechts zum Reichstage verhelfen zu
wollen. Ib. Nolte zu Eissen bitten um Errichtung amtlicher Telegraphen-An-
nonsen-Büros zur Auskunft-Ertheilung, wo Stellensuchende Arbeit finden
können, in allen Städten des norddeutschen Bundes. Louise Otto-Peters und
Gen. in Leipzig als Vorstand des allgemeinen deutschen Frauen-Vereins bitten
1) um Zulassung der Frauen zum Post- und Telegraphendienst, 2) die hier
und da vorkommende Benachtheiligung der Frauen bei Fragen wie: Frei-
heitlichkeit, Orts- und Heimathsberechtigung, sowie Gewerbefreiheit aufzuheben zu
lassen.

[Nachwahl.] Nach einer heut eingetroffenen Nachricht aus dem
7. Düsseldorfer Wahlbezirk ist daselbst G. v. Winckle mit 6298 Stim-
men gegen 3115, welche dem Candidaten der National-Liberalen zu-
fielen, in den Reichstag gewählt worden.

** [Das königlich preußische statistische Bureau] hat vor Kurzem
den zweiten Jahrgang des „Jahrbuchs für die amtliche Statistik des preußischen
Staates“ herausgegeben. Derselbe behandelt nur drei große Abschnitte
und konnte, vor Erwerbung der drei neuen Provinzen geschrieben, auch auf
diese keine Rücksicht nehmen. Ursprünglich war es, wie aus dem Vorwort
zu erkennen, die Absicht, die im ersten Jahrgang behandelten Abschnitte weiter
zu führen, allein die großen Ereignisse des vorigen Sommers machten eine
zweitmäßige und zuverlässige Arbeit dieser Art unmöglich, so daß in dem jetzt
vorgelegten Jahrbuche nur Monographien und keine Ergänzungen früherer
Abschnitte zu finden sind. — Beinahe 6 Bogen des Jahrbuchs nimmt die
historisch-statistische Darstellung der Geld- und Creditinstitute ein; sie
behandelt das Münzwesen, die Seehandlung, die Preußische Bank, die Privat-
Spitalsbanken und die Privatbanken ohne Noten-Privilegium. Wenn nun auch
dem statistischen Bureau keine neuen und eigenhümlichen Quellen über die
Tätigkeit dieser Institute zu Gebote stehen, so bleibt doch die gedrängte, rein
objective und mit vielem Detail ausgestattete Zusammenstellung und gleich-
zeitige historische Zusammenfassung des vorhandenen Stoffes eine dankenswerte
Gabe. 8—9 Bogen sind einer geschicklichen Bearbeitung amtlicher und pri-
vater Aufzeichnungen gewidmet und damit einer ziemlich
alten Forderung an die amtliche Statistik für Preußen Genüge gethan. Die
Übersichten erstrecken sich auf animalische Produkte (tierische Fette, Fleisch,
Schafwölle, Früchte, Getreide, Kartoffeln, Hopfen, Tabak, Dörfliche, Flachs, Butter, Futter, Zuckergemüse), vegetabilische Fabrikate (mehrige Produkte, Zuder, Branntwein, Bier, Flachsgarn), Feuerungs- und Baumaterialien
(Brennholz und Tors, Baublätter, Steine und Erden, Metallwaren, sonstige),
Metalle (Eisen, Kupfer, Zink, Blei), das Geld (Höhe des Wechsel-Zins-
zuges, Goldpreise, Preise der Scheidemünze, Cours des Papiergeldes), fremde
Wechsel und zinstragende Papiere (Staatspapiere, ritter-schäftsliche Handbriefe,
Eisenbahnen, Bantactien). Es dürfte kaum möglich sein, über die Geschichte
der Preise in Preußen mehr und besser gesättigtes Material zusammen zu bringen.
Im letzten Drüttteil des Jahrbuchs finden wir eine ziemlich eingehende Schilder-
ung der Lage der arbeitenden Klassen und der Arbeits- und Lohnver-
hältnisse. Wird hierdurch dieses bisher sehr dunkel liegende Gebiet der amtlichen
Statistik noch keineswegs ganz aufgehellt, so wird es doch der Berücksichtigung
sehr viel näher gerückt. Kann man doch in Folge fehlerhafter Zählungs-
voraussetzungen früher nicht einmal die Größe der Arbeitersiedlung, so daß nur
durch mühsame Unter suchungen deren Verhältnis zur Gesamtheit annähernd
ermittelt werden konnte! Wichtiger aber als diese zahlmäßigen Nachweisun-
gen ist die Verlustrichtung der landräthlichen Kreisbeschreibungen, weil darin so
viel ungeschminkte Wahrheit über die wirtlichen Zustände der handarbeitenden
Bevölkerung und so viele Fingerzeige zu einer Verbesserung ihres Loses zu
finden sind, daß die aufmerksame Durchlehung dieses Theils der Arbeit den
Verwaltungsbeamten wie den Volkswirthen und Humanisten gleichermaßen
angeraten werden darf.

= [Der Prozeß der „Staatsbürger-Zeitung.“] Vor der
sechsten Abtheilung des Criminalgerichts findet morgen Mittag die Ver-
handlung gegen die „Staatsbürgerzeitung“ wegen deren Mithellung

über eine Spielgesellschaft in der Borchardt'schen Weinstube statt. Das
Publikum sieht dem Prozeß mit um so größerer Spannung entgegen,
als man sich erzählt, daß die hervorragendsten Personen jener Mitthei-
lung zu Zeugen vorgeladen seien. Der Angeklagte Namensträger der
„Staatsbürgerzeitung“, Herr Otto Müller, hatte darauf angetragen, den Redakteur Held als Vertheidiger zuzulassen; man darf ge-
spannt sein, ob der Gerichtshof darauf eingehen wird. Den Vorsteher
führt der Stadtgerichtsrath Pietsch. Voraussichtlich wird der An-
drang des Publikums ziemlich groß sein, denn der Fall, gleichviel, ob
erfunden, oder wahr, macht ein außergewöhnliches Aufsehen.

[Getreideaufläufe in Ungarn.] Wie wir hören, sind in
Ungarn für mehr als 60,000,000 Gulden Getreide-Einkäufe gemacht
worden, wovon der größere Theil zur Deckung des Ernte-Ausfalls nach
Frankreich gegangen ist.

Würth, 4. Oct. [Wahl und Censur.] Bei der in voriger Woche
in bissigem Wahlbezirk (Grevenbroich-Reichs) stattgefundenen Nachwahl zum
Reichstag waren außer Herrn O. Camphausen von liberaler Seite die Herren
Professor Dr. Gneist und Landgerichts-Assessor Schmitz in Vorschlag gebracht.
Von dem Comite für die Wahl von Dr. Gneist wurde folgendes Interjekt an
das Grevenbroicher Kreisblatt gesandt: „Hier Landgerichts-Assessor Schmitz
aus Garzweiler hat erklärt, daß er ganz genau auf dem Standpunkte von
Professor Dr. Gneist stehe und daß er es für höchst ungern halte, durch Auf-
stellung von zwei gleichgesinnten Candidaten eine Versplitterung der Stimmen
zu veranlassen. Herr Professor Dr. Gneist hat die Annahme der Wahl
definitiv zugesagt, und da Herr Assessor Schmitz mit uns darin einver-
standen sei wird, daß eine sehr vortragende Größe, wie Herr Prof. Dr. Gneist
es anerkannter Maßen ist, im Reichstage unbedingt nicht fehlen darf, und
daß unter solchen Umständen eine lokale Vorliebe vollständig in den Hinter-
grund treten muß, so sind wir seit überzeugt, daß Mr. Assessor Schmitz loyal
genug denkt, um ohne Weiteres freiwillig zurückzutreten, und werden dadurch
die Freunde des Hrn. Assessors von einer Agitation entbunden, die unter
solchen Umständen doch nur peinlich für sie sein dürfte.“ Von der Expedition
des genannten Blattes wurde die Aufnahme dieses höchst harmlosen Artikels
verweigert, weil der Hr. Landrat v. Heinberg in Wedelbogen die Auf-
nahme desselben verboten habe. Das darauf zurückverlangte Schriftstück ent-
hielt die eigenhändige Bemerkung des Landrats: „Nicht aufzunehmen, von
Heinberg. Gleicht ein solches landräthliches Verbot nicht der Censur wie
ein Ei dem andern? Ob anderseits das früher liberal redigierte Greven-
broicher Kreisblatt noch fernere Unterstützung der liberalgesinnten Kreisbewoh-
ner finden wird, nachdem es sich offen zu solch' vollständiger Abhängigkeit
vom Landratsham befand — diese Frage wollen wir hier nicht weiter erör-
tern.“ (Köln. Btg.)

Weimar, 9. October. [Das Fest der silbernen Hochzeit.] Kein günstiger Himmel lachte dem silbernen Hochzeitsfest unseres Fürsten-
paars; vorgestern wie gestern floss der Regen in Strömen, und Fackel-
zug wie Illumination hatten arg darunter zu leiden. Immerhin aber
gewährte die Stadt, reich mit Flaggen und Girlanden geschmückt,
einen hübschen Anblick; überwiegend war die Zahl schwarz-roth-goldener
Fahnen, während schwarz-weiß und schwarz-weiß-roth nur spärlich er-
schienen. Im Laufe des Nachmittags am 7. traf König Johann von
Sachsen ein, gegen 9 Uhr Abends die preußischen Majestäten, vom
Kronprinzen begleitet. Als sie, von der großherzoglichen Familie geleitet,
vom Bahnhof in das Schloß fuhren, fanden sie auf dem Fürsten-
platz bereits den Fackelzug der Bürgerschaft, auf ihre Rückkehr harrend.
Sofort zog der selbe auch in den Schloßhof ein, leider unter stromendem
Regen. Nicht desto weniger aber gewährte der Zug einen außerordent-
lich malerischen Anblick mit seinen Aufzügen (der eine eine silberne
Hochzeit darstellend, der andere die Huldigung der Künste), seinen
Reitern, Wagen, Bewaffneten in mitt

hat eine Depesche aus Nervola vom 5., wonach die Päpstlichen die Provinzen räumen und sich in Rom konzentrieren. Aus diesen Angaben erhellt wenigstens, daß die römischen Telegramme mit ihren Sieges- und Ruhberichten nicht ganz wahr sind. Was aber die Tendenz der römischen Blätter betrifft, durch spezielle Angabe der Heimat bei den gefangen genommenen Freischärtern zu zeigen, daß es keine Römer seien, so entgegen die italienischen Blätter: „Sagt uns doch, wo eure Juaven und Antiber geboren sind! In Rom sicher nicht, sondern in Frankreich, Belgien, Irland, Bayern u. s. w. u. s. w. doch wohl! Der Kampf um Rom ist der zwischen Italienern und Fremden, wie es genau in der Lombardie und Venetien auch war.“ So die Sprache der italienischen Blätter, die jetzt täglich durch die herausfordernde hohnpöhlende Sprache des „Osservatore Romano“ verbittert wird. Dieses Blatt entschädigt sich jetzt; die „Italie“ ruft ihm jedoch zu, es solle sich hüten, zu früh Triumph zu rufen, während die „Turiner Zeitung“ das Volk ermahnt, den entmuthigenden Gerüchten keinen Glauben zu schenken: die Sache gehe voran, dem Ganger liege ein wohlberechneter Plan zu Grunde. Die neapolitanischen Blätter sind am stärksten in Zahlen: sie lassen bereits 7000 Freischärler auf römischem Gebiete sich befinden, doch bestätigen auch sie, daß die Päpstlichen mehr und mehr sich auf Rom zurückziehen. Vor Rom werden die Neisenden auf der Eisenbahn den strengsten Untersuchungen unterworfen.

Franz. Presse.

* Paris, 9. Octbr. [Über die italienischen Angelegenheiten] drückt sich das Wochen-Bulletin des „Abend-Moniteur“ folgendermaßen aus:

„Die italienische Regierung führt mit den Maßregeln fort, die geeignet sind, die anarchischen Leidenschaften zu entmuthigen und den Gesetzen Achtung zu verschaffen. Garibaldi wird auf Capri von Kriegsschiffen überwacht und zahlreiche, vom besten Geiste besetzte Truppen sind längs der päpstlichen Grenze aufgestellt. Einigen hundert Aufstiegern war es gelungen, einzeln und unter dem Schatten der Nacht ins päpstliche Gebiet einzufallen. Sie bemächtigten sich durch Überraschung der kleinen Stadt Vagnorea, aber sie wurden von den päpstlichen Juaven auseinandergesprengt und vollständig geschlagen. Die Bevölkerung, weit davon entfernt, gemeinschaftliche Sache mit den Garibalidianern zu machen, empfing die päpstlichen Truppen mit Acclamations. Die von außen her gekommenen Aufreizungen wurden von der öffentlichen Klugheit desabouriert, und die vernünftigen Leute würdigen mit einer gerechten Strenge Versuche, die nicht allein der September-Convention, sondern auch allen internationalen Pflichten und allen Regeln des Völkerrechtes zuwider sind. Es liegt Grund vor, zu hoffen, daß die Regierung Victor Emanuels aus der Krise gefährdet hervorgehen wird. Auf allen Punkten der Halbinsel hat die Haltung der Bevölkerungen der Armee und der Nationalgarde die guten Gefühle des Landes dargethan. Man begreift die Rothwendigkeit, in die Gemüther die Ruhe und das Vertrauen zurückzuführen, indem man die Dynastie und die Institutionen mit der Achtung umgibt, welche sie verdienen, und sich der kleinen Minorität widersetzt, welche einen Staat im Staafe bilden will. In Rom herrscht fortwährend vollständige Ruhe. Das Abkommen betreffs der Theilung der römischen Schulden ist zwischen Italien und Rom regulirt worden.“

Spanien.

Madrid. [Der Text der Circular-depesche,] welche der Staatsminister unter dem 21. September aus Anlaß des letzten Aufstandsvorwurfs in Catalonien an die Vertreter Spaniens im Auslande gerichtet hat, wird von der „Patrie“ veröffentlicht. Nachdem im Eingang der Depesche darauf hingewiesen, daß dieser Versuch nirgends auch nur vorübergehenden Erfolg davongetragen hat, fährt Herr Arrazola fort:

„Die Revolte hat keine Fahne aufgepflanzt und kein Programm aufgestellt, um nicht die öffentliche Meinung mit ihren Projecten zu erschrecken. Ihr Schweigen brachte gleichwohl dieselbe Wirkung hervor: sie hat sich durch diese Haltung selbst vernichtet. Aber wenn die bewaffnete Revolution ihre Bestrebungen und ihr Ziel bei jedem ihrer Versuche verherrlicht, so thieilen uns die Führer ihre Tendenzen und Entwürfe mit, auf die Gefahr hin, den Aufstand für immer unpopulär zu machen. Die Thatsachen haben es uns bewiesen. Wie sollte auch eine Rebellion nicht unpopulär sein, welche nach den Erklärungen ihrer Anhänger die Aufopferung der spanischen Nationalität proklamiert und eine iberische Union träumt, die Spanien und Portugal mit gleicher Energie zurückzuwerfen, welche das Opfer der territorialen Unvergleichlichkeit proklamiert, indem sie durch die Presse die Abtreitung und den Verlauf der reichen Provinzen der spanischen Monarchie befürwortet, welche endlich die gräßliche Vernichtung der gegenwärtigen politischen Ordnung proklamiert, indem sie an die Stelle derselben den Schrecken, die Republik und andere Utopien setzt? Die gegenwärtige politische Ordnung ist das constitutionelle Principe, das monarchische Principe und das katholische Principe, mit einem Worte, die Dynastie. Alles, was dem spanischen Volke thueher ist, liegt in diesen Principien: sein Nationalcharakter und seine ruhmvollen historischen Erinnerungen, wie seine innere Organisation. Eine Revolution, welche diese Einrichtungen angreift, kann in Spanien nicht populär sein; sie läßt Unruhe und Schrecken allen Klassen ein, welche sie mit aller Macht zurückzuwerfen. Dies sind die Erwägungen, welche bei dieser Gelegenheit die Gleichgültigkeit oder den Widerstand des öffentlichen Geistes, den Muß der Armee und das Vertrauen motiviert haben, von dem sich die Regierung d. M. sowie die Behörden der Provinzen unausgesetzt befreit zeigten. Heut ist es die Pflicht der Staatsbeamten, diese Sachlage klar zu stellen und die Wahrheit zu verbreiten. Diese Pflicht steht namentlich den diplomatischen Agenten zu, deren Aufgabe es ist, die Wahrheit über unsere politische Lage zu verbreiten und die Wirkungen falscher oder verleumderischer Nachrichten, welche durch die Bosheit der Feinde der Regierung in Umlauf gesetzt werden, zu neutralisieren.“

Amerika.

Newyork, 19. Sept. [Über die Finanzfrage] schreibt man der „A. Ztg.“ Folgendes: „Zu ebenso großer Entrüstung wie Überraschung hat General Butler sich in einem offenen Briefe dafür ausgesprochen, daß die Fünf-Zwanziger, statt in Gold, in Papiergele, d. h. statt mit 100 Doll. mit 100 preußischen Thalern eingelöst werden sollen. Abscheulicher noch als der Vorschlag ist die Motivierung: „Die Geschichte“, sagt er, „ergäbe von keiner Regierung, die je ihren Gläubigern alles wiederzugebt, was sie von ihnen entlehnt habe! Er zweife, ob Redlichkeit, Gewissenhaftigkeit und Willigkeit von uns erscheinen, unseren Gläubigern dreimal so viel zurückzuzahlen, als wir von ihnen empfangen. Da sie die Scheine durchschnittlich nur zu 40 bis 50 Doll. in Gold gekauft hätten, könnten sie damit zufrieden sein, wenn sie 75 Doll. zurückzuhalten.“ Zur Ehre der hiesigen demokratischen Blätter, namentlich der „World“, sei es gesagt, daß sie dieses Raisonement mit derselben Energie als eine nichtswürdige Spitzbüberei zurückweisen, wie die republikanischen (Times), Tribune, Evening Post“ u. s. Ein republikanisches Blatt im Westen beginnt eine Befreiung des Butler'schen Briefes mit den bitteren Worten: „Wenn jemandem nachgesagt wird, daß er silberne Löffel gestohlen habe, sollte er sich sehr hüten, öffentlich den Beweis zu führen, daß Diebstahl eine Tugend sei. Dem General Butler ist nachgesagt worden, daß er silberne Löffel gestohlen habe, und er sucht die Spitzbüberei, wenn nicht als eine Tugend, doch als berechtigte Staatsweisheit hinzustellen.“

„Der Punkt, auf welchen Butler sich stützt, ist der, daß in dem Texte der Fünf-Zwanziger-Schuldverschreibungen die Rückzahlung des Capitals in Gold nicht stipulirt sei. Die Thatsache ist richtig. Sogar das ist richtig, daß um die Zeit, als das Gesetz über die Anleihe angenommen ward, noch eine gewisse Unklarheit in Betreff dieses Punktes bestand. Damals war nämlich die Differenz zwischen dem Werthe des Papier- und Metallgeldes bei Weitem nicht so groß, wie Butler behauptet, sondern kaum 20 oder 30 p.c. Kein Mensch dachte damals an ein Steigen des Ago auf 180 p.c. Wenn nun in so weit damals überhaupt der Gedanke an eine Rückzahlung in Papiergele ange deutet ward, gehabt es lediglich in der Meinung, daß ebe es zur Rückzahlung käme, längst jedes Goldgeld verschwunden, die Abzahlung

in Papier also nur eine äußere Bequemlichkeit sein würde. Aber daran, den Gläubigern für den damaligen Marktpreis der Scheine eine völlig unbekannte Wertgröße, oder irgend etwas anderes als 100 wirkliche (Gold-) Dollars zugestehen, dachte keine Seele. Thatsache ist — und Herr Butler ist damit genau bekannt — daß der von ihm besetzte Mangel in dem Wortlaut der Scheine durch Hunderttausende von Erklärungen in allen Zeitungen des Landes, durch Hunderte von Reden und Beschlussnahmen im Congress, sowie durch feierliche öffentliche Erklärungen des Finanzministers an alle Börsen der Welt ergänzt worden ist. — Während die Erklärung Butler's die demokratischen Wähler zu Gunsten eines betrügerischen Nationalbankrotts ermuthigt und ihnen Wasser auf ihre Mühle liefert, wird ihre einzige praktische Wirkung darin bestehen, daß der Congres gleich nach seinem Zusammentritt sie energisch abwirkt. Das einzige, was rechtmäßigweise in Bezug auf die Fünf-Zwanziger geschehen kann, ist, daß die Regierung sich in die Lage bringt, den Inhabern volle Abzahlung oder Umwandlung in 5 Prozentige Scheine anbieten zu können, was natürlich erst dann geschehen kann, wenn der Cours der Fünfprozentigen dem des Goldes gleich steht.“

Provinzial-Betting.

= Breslau, 12. October. Se. Hoheit der Herzog von Braunschweig hat seine Herbsttagen in den Mediziborer Revieren eröffnet und kehrt heute Mittag nach Sibyllenort zurück. Über hundert Stück Schwarzwild, von denen ein Theil nach Oels, ein anderer nach Breslau gekommen ist, wurden erlegt. Am Mittwoch treffen Braunschweiger Theater-Künstler in Sibyllenort ein. Hohe Herrschaften, unter ihnen der Prinz Wazza, werden dort erwartet. Am 29. werden in Blankenburg die Jagden eröffnet, zu denen sich auch Se. Majestät der König einfinden wird.

Breslau, 12. Octbr. Angelommen: f. f. Kämmerer und Legations-Scretär Graf v. Deym aus Wien. General-Confid. Lesser aus Warschau. [Unglücksfall.] Am 11. d. M. Morgens bald nach 6 Uhr heftigten der Bimergeselle N. und der Schlossergeselle S. in den im hiesigen Stadt-Theater-Gebäude eine Stiege hoch hinter der Bühne gelegenen Appartements die Herstellung einer Wasserleitung in Angriff zu nehmen, standen aber die genannte Raumlichkeit vollständig dunkel. Dieselben legten daher ein Streichholz in Brand, um mit solchen die in den Appartements bereits vorhandene Gasflamme anzuzünden. Raum hatten aber gedachte beide Gesellen die Thür des Locales geöffnet, so stand letzteres plötzlich in vollen Flammen. Ausgebranntes Gas hatte sich entzündet, glücklicherweise aber ohne dem Theater weitere Gefahr zu bringen; dagegen erlitten beide Gesellen erhebliche Brandwunden im Gesicht. — Wie das Ausströmen des Gases möglich geworden, hat sich nicht näher feststellen lassen, doch liegt die Vermuthung vor, daß einer der in der vergangenen Nacht im Theater beschäftigt gewesenen Arbeiter beim Besuch der Appartements die Flamme angezündet und lebte ohne den Hahn wieder regelrecht zu schließen, verblüfft hat.

(Fremdenbl.)

+ Glogau, 11. Octbr. [Zur Wahl.] Nachdem bereits vor längerer Zeit die liberale Partei die Herren Graf Dohna-Kohenau und Reichsgraf v. Jordenbeck in Elbing als Abgeordnete-Wahl aufgestellt hat, sandt heute eine Befreiungsvereinigung von Führern der conservativen Partei statt. Wie wir hören, sollen die Herren von der Ansicht geleitet worden sein, einen Compromiß mit der liberalen Partei einzugehen und haben sich bereit erklärt, für Herrn Jordenbeck gleichfalls stimmen zu wollen, wenn die liberale Partei als zweiten Abgeordneten den Appellat-Ger.-Rath Koch von hier (altliberal) accpipt. Es wurde mitgetheilt, daß Herr Graf Dohna-Kohenau nicht mehr geneigt sei, ein Mandat zum Abgeordnetenhause anzunehmen. Ob die Mitteilung richtig ist, muß abgewartet werden, wie wir hören, beabsichtigt die liberale Partei eine Erklärung von dem Herrn Grafen Dohna einzuholen.

Breslau, 12. Oct. [Wasserstand.] O. B. 16 S. 11 S. u. B. 3 S. 9 S.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Karlsruhe, 11. October. Die „Karlsr. Ztg.“ bemerkt gegenüber der Mittheilung, daß ein Theil des Mehrbedarfs für die Militär-Verwaltung durch Anleihen gedeckt werde, daß die Deckung vielmehr aus den ausstehenden Forderungen der Amortisationsklasse erfolge.

(Wolffs L. B.)

Wiesbaden, 11. October. Der König von Preußen ist Mittags hier eingetroffen und wurde vom König von Griechenland und der Prinzessin von Wales am Bahnhofe empfangen. Zahlreiche Gebäude waren bestellt.

(Wolffs L. B.)

München, 11. Oct. Gutem Vernehmen nach steht demnächst die Verlobung des Prinzen Ludwig, ältesten Sohnes des Prinzen Luitpold von Bayern, mit der Erzherzogin Maria Theresia von Österreich-Este bevor.

Paris, 11. Oct. Die „Patrie“ weist auf den Ernst der gegenwärtigen Situation in Italien hin und fügt hinzu, allerdings sei bis jetzt von Seiten der Garibalidianer noch kein Erfolg erzielt, aber man müsse befürchten, daß, wenn die Insurrection fortdauere, Rattazzi sich bald in einer isolirten Stellung befinden werde und das Nationalgefühl des italienischen Volkes ganz auf die Seite der Garibalidianer treten würde. — Die „Patrie“ berichtigt ihre gestrige Angabe über die Rückkehr des Kaisers dahin, daß bereits am 15. d. M. der Kaiser in Paris eintreffen werde. — Demselben Blatt zufolge ist die Angabe des „Journal de Paris“ unbegründet, daß Prinz Napoleon einen Brief über die politische Situation an den Kaiser gerichtet habe.

Newyork, 2. October. Der Schatzsecretär ordnete an, 3 p.c. Certificate auszugeben, behufs der Einlösung der im October und December fälligen Coupons.

(Wolffs L. B.)

Florenz, 11. October. (Über Paris.) Gestern rückte die ganze Garnison aus Rom aus und kehrte bald zurück. Die Motive sind unbekannt. Unbestätigte Gerüchte melden neue Zusammenstöße an verschiedenen Punkten. Die von Insurgenten durchschneidete Telegraphenleitung Viterbo-Velletri ist wieder hergestellt.

Die „Florentiner Zeitung“ bestätigt den neuen erfolglosen Entwurfsvorversuch Garibaldi's am 2. October.

(Wolffs L. B.)

Telegraphische Courier und Börsennachrichten.

Paris, 11. Octbr., Nachm. 3 Uhr. Fest. Consols von Mittags 1 Uhr waren 94% gemeldet. — Schlüs-Courie: 3 p.c. Rentie 68, 40—68, 50 bis 68, 47%. Italien. 3 p.c. Rentie 46, 00. Österreich. Staats-Eisenbahnen-Aktion 476, 25. Credit-Mobil.-Aktion 176, 25. Lombard. Eisenbahn-Aktion 368, 75. Österreich. Anleihe von 1865 pr. opt. 325, 00. 6% Ver. Staats-Akt. pr. 1882 (ungef.) 81%.

London, 11. Octbr., Mittags 12 Uhr. Consols 94%, Amerikaner 71%, Italien. Rente 45%.

Der Dampfer „Russia“ ist aus New-York in Queenstown und der Hamburger Dampfer „Teutonia“ ebenda in Southampton eingetroffen.

Frankfurt a. M., 11. Octbr., Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Schlüs-Courie: Wiener Wechsel 95%. Finnlandische Anleihe 83%. Neue Finnlandische 4% Pfandbriefe. 6% Verein. Staaten-Anleihe pr. 1882 74%. Österreich. Bank-Aktien 645. Österreich. Credit-Aktion 165%. Darmstädter Bank-Aktion 198. Steiniger Credit-Aktion. — Österreich. Staats-Eisenbahnen-Aktion 241. Österreich. 5% steuerf. Anleihe 46%. 1864er Loosie 57. 1860er Loosie 66%. 1864er Loosie 69%. Badische Loosie 51%. Kurhessische Loosie 53%. 5% österreich. Anleihe von 1859 59%. Österreich. National-Anleihe 51%. 5% Metalliques. 4% Metal. — Bayre. Brämen-Anleihe 97%. Neue Bayreische Brämen-Anleihe 94%. Recht fest und ziemlich leicht salviert.

Wien, 11. Oct. (A. B.) Credit-Aktion 173, 30. Nordbahn 166, 50. 1860er Loosie 81, 20. 1864er Loosie 72, 10. Staatsbahn 233, 30. Galizier

207. — Steuerfreies Anlehen. — Napoleon'sd'or 9, 95%. Anglo-Austria-Bank. — Ungarische Creditaktion. — Matt schließend. Hamburg, 11. Oct. Nachmittags 2 Uhr 30 Min. Unbelebt. Österreichische Staatsbahn 468. Italienische Rente 44%. Lombarden 360. Schlüs-Courie: Hamburg. Staats-Brämen-Anleihe 85%. National-Anl. — Österreichische Credit-Aktion 70. Österreichische 1860er Loosie 64%. Mexicane. Vereinsbank 110%. Norddeutsche Bank 116%. Rhein. Bahn 114%. Nordbahn 93%. Altona-Kiel. Finnlandische Anleihe 88. Verein. Verein. Staaten-Anleihe pr. 1882 68%. Disconts 2 p.c.

Hamburg, 11. Octbr., Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt] Weizen und Roggen loco rubig, auf Termine sehr geschäftlos. Weizen pr. Octbr. 5400 Pf. netto 181 Bantohaler Br., 180 Gd. pr. Oct.-Nov. 179 Br., 178 Gd. Roggen pr. Octbr. 5000 Pf. Brutto 182 u. Gd. pr. Oct.-Nov. 129 Br., 128 Gd. Hafer fest. Spiritus ohne Kauflust, zu 33% angeboten. Rübbel fest, loco 24, pr. October 24%, pr. Mai 25%. Raffee rubig. Bink fest.

Antwerpen, 11. Octbr., Nachm. 2 Uhr 30 Min. [Petroleum-Markt] (Schlußbericht) Unverändert. Raffin. Type weiß, loco 58 bis 58%, pr. November 59, pr. Dezember 59, pr. November-Dezember 59—59% Frs.

Liverpool, 11. October, Mittags. Baumwolle: 10—12,000 Ballen Umzug. Rubiger Markt. Wochoenfus 69,770, zum Export verlaufen 18,590, wirklich exportirt 20,095. Consum 47,660, Vorraht 737,000 Ballen. Import 2460 Ballen (davon 2061 Surate). Middle American. — New-Orleans 8%. Georgia 8%. Fair Dholera 5%. Middle Dholera 5%. Good middling Dholera 5%. Bengal 4%.

Paris, 11. Octbr., Nachm. 2 Uhr 30 Min. [Rohöl-Markt] (Schlußbericht) Unverändert. Raffin. Type weiß, loco 58 bis 58%, pr. November 59, pr. Dezember 59—59% Frs.

London, 11. October. Getreidemarkt. (Schlußbericht) Weizen 1 bis 2 Schilling höher, beschränktes Geschäft. Hafer Sypence theurer, Gräben und Bohnen stiegen 1 Schilling. — Rogen.

Breslau: Börse vom 12. Octbr. [Schluß-Course 1 Uhr Nachm.]

Frisch. Papier 84—85% bez. u. Br. Schle. Rentenbriefe 91% bez. u. Gd. Schle. Handbriefe 83%—84%—85% bez. u. Br. Österreich. Kat. Anleihe 52% Gd. Kreisburger 133 bez. Neißer-Brieger. — Oberh. Litt. A. und C. 194 Br. Wilhelmsbahn 69% bez. u. Gd. Oppeln-Lanowitz 71% Br. Österreich. Credit-Aktion 70% Gd. Schlesischer Bank-Berein 113% Gd. 1860er Loosie. — Amerikaner 75%—76% bez. Warschau-Wiener 61% Br. Minerva 29% Br. Baier. Anleihe. — Italiener 45% bez. u. Br.

Breslau, 12. Octbr. Preise der Getreide.

Bestätigungen der politischen Commission pr. Schell in Silbergroschen.

fein mittel ordn. fein mittel ordn.

Weizen, meiste 115—118 112 106—110 Gerste 65—66 64 60—62

Do. gelber, 112—115 110 104—107 Hafer 37 36 34—35

Roggen 87 86 84—85 | Ehsen 70—74 69 65—67

Notrungen der von der Handelskammer ernannten Commission zur Feststellung der Marktpreise von Raps und Rüben.